

Nr. 19/106 S**Fragestunde**

1. Erreichbarkeit von Behörden
Anfrage der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Januar 2016
2. Übergriffe auf Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. Januar 2016
3. Wie sieht die Zukunft des Projektes „Stolpersteine“ bei der Landeszentrale für politische Bildung aus?
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2016
4. Versorgung von Flüchtlingsunterkünften mit WLAN
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Januar 2016
5. Umverteilung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 22. Januar 2016
6. Führen von Schuss- und Selbstschutzwaffen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 27. Januar 2016
7. Umgang des Jugendamtes mit straffälligen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nach Übergabe durch die Polizei
Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 2. Februar 2016

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Fakultativ geschlossene Unterbringung für kriminelle Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Sascha Aulepp, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 2. Februar 2016
9. Wohnungsangebote für Flüchtlinge
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 5. Februar 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

10. Fortentwicklung der Einzelhandelsstrukturen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 9. Februar 2016

Diese Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

11. Zahl der Antanzdelikte durch konsequente Anwendung des SGB VIII reduzierbar?
Anfrage der Abgeordneten Klaus Möhle, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Februar 2016

12. Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 16. Februar 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/107 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/108 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 22. Februar 2016

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Jugendhilfeausschusses
Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete
Julie K o h l r a u s c h
anstelle von Herrn Tim Abitzsch zum Mitglied und den Abgeordneten
Dr. Magnus B u h l e r t
anstelle der Abgeordneten Julie Kohlrausch zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses.
2. Bebauungsplan 1559 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack
— nördlich der Eisenbahnlinie Farge-Vegesack
— östlich angrenzend an die Kleingartensiedlung Am Becketal
— südlich der Straße Am Becketal
— westlich Schollenweg
Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2016
(Drucksache [19/97 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1559.
3. Bebauungsplan 2440 für ein Gebiet in Bremen-Mitte, Ortsteil Altstadt zwischen
— den Wallanlagen,
— der Schlachte und
— dem Doventor
Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2016
(Drucksache [19/99 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2440.
4. Bebauungsplan 2456 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Staustraße, Habenhauser Deich und Habenhauser Dorfstraße
Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2016
(Drucksache [19/100 S](#))
Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2456.

Nr. 19/109 S

Einsatz von nicht bei der Senatorin für Kinder und Bildung angestelltem Personal an Schulen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. November 2015
(Drucksache [19/43 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Januar 2016

(Drucksache [19/90 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/110 S

Bremisches Erinnerungskonzept Kolonialismus

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. Februar 2016
(Neufassung der Drs. [19/83 S](#) vom 16. Dezember 2015)
(Drucksache [19/107 S](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Februar 2016

(Drucksache [19/109 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Punkte 1 bis 3 und 5 des Änderungsantrages ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Punkt 4 des Änderungsantrages zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ein Erinnerungskonzept zum Kolonialismus und der bremischen Rolle darin zu entwickeln und in die Bremer Strategie zur Erinnerungskultur zu integrieren.
2. Straßennamen mit kolonialem Hintergrund zu ermitteln und mit Legenden zu versehen.
3. sich in Gesprächen mit dem Übersee-Museum für einen Ausstellungsschwerpunkt Kolonialismus unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Rolle dabei einzusetzen.
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Völkermord an den Völkern der Nama und Herero offiziell anerkannt wird.
5. In den bereits laufenden Verhandlungen der Regierung Namibias und der Bundesregierung soll sichergestellt werden, dass Vertreterinnen und Vertreter der Herero- und Namavölker einbezogen werden und eine angemessene materielle Entschädigung ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen ist.

Nr. 19/111 S

Sport integriert: Vereine weiter unterstützen!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. Januar 2016
(Drucksache [19/93 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung an die städtische Deputation für Sport ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- a) mit dem Landessportbund in Gespräche darüber einzutreten, wie unter Nutzung vorhandener Mittel und Beratungsstrukturen im Fall schwerer finanzieller Krisen von Sportvereinen zur Aufrechterhaltung eines regionalen oder fachlichen Sportangebots ehrenamtliche Vorstände bei wirtschaftlich notwendigen Sanierungsmaßnahmen unterstützt werden können.
- b) die Stabilisierungsangebote der Bremer Aufbau-Bank (de-minimis-Liquiditätshilfen, Beratungen, Landesbürgschaften) unter der fachlichen Einbeziehung des Sportamts für Sportvereine anzubieten, um Liquiditätskrisen zu überwinden, die nachweislich durch den Entzug der Sporthallennutzung verursacht wurden.
- c) für die im Vereinssport durch Hallenbelegungen entstehenden Engpässe im Übungs- und Wettkampfbetrieb gemeinsam mit dem organisierten Sport Lösungen zu entwickeln.
- d) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Bundesministerium des Innern seine Zuwendungen an das DOSB-Programm (Deutscher Olympischer Sportbund) „Integration durch Sport“ erhöht. Die Bremer Vereine bzw. dem Landessportbund sollen erforderlichenfalls Hilfestellungen bei Antragstellung und Nachweis von notwendigen Komplementärmitteln durch das Sportressort erhalten.
- e) die sich durch die nicht für den Sport nutzbaren Sporthallen ergebenden Minderausgaben im Haushalt bei den Übungsleiterpauschalen für die vorgenannten Zwecke zu verwenden.
- f) sobald die Sporthallen für die Flüchtlingsunterbringung absehbar nicht mehr benötigt werden, mit der Wiederherstellung der Nutzbarkeit für den Vereins- und Schulsport zu beginnen und die dafür erforderlichen Mittel mit Verpflichtungserklärungen bzw. in der mittelfristigen Finanzplanung des Haushalts abzusichern. Der städtischen Deputation für Sport sind die erforderlichen und erfolgten Schritte darzulegen.

Nr. 19/112 S

Notprogramm für Sportvereine – Senat muss auch mal etwas zurückgeben

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. Januar 2016

(Drucksache [19/95 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung an die städtische Deputation für Sport ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab

Nr. 19/113 S

Engagement von Sportvereinen anerkennen – Eigenleistungen anrechnen!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 18. Februar 2016

(Neufassung der Drs. [19/104 S](#) vom 15. Februar 2016)

(Drucksache [19/108 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab

Nr. 19/114 S

Ortsgesetz zur Neuregelung von Zuständigkeiten für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege

Mitteilung des Senats vom 9. Februar 2016

(Drucksache [19/101 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 19/115 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 6 vom 12. Februar 2016

(Drucksache [19/103 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/116 S

Regelwerk zur Durchführung von Wettbewerben aktualisieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 23. Februar 2016

(Neufassung der Drs. [19/105 S](#) vom 16. Februar 2016)

(Drucksache [19/110 S](#))

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. gemeinsam mit dem Bund Deutscher Architekten (BDA), der Architektenkammer Bremen und der Ingenieurkammer Bremen die „Bremer Erklärung“ aus dem Jahr 2005 zu aktualisieren, um so das Regelwerk für die Durchführung von Wettbewerben im Hochbau weiterzuentwickeln und gegebenenfalls anzupassen.
2. zu klären, für welche Standorte/Quartiere von stadtbildprägender Bedeutung Wettbewerbe und Qualifizierungsverfahren verbindlich gemacht werden können.
3. zu prüfen, ob für stadtbildprägende Projekte, bei denen mit dem Bauherrn ein vorhabenbezogener Bebauungsplan vereinbart wurde, künftig ein Wettbewerbsverfahren vorzuschreiben ist.

